

Politiken der Sicherheit |  
Politics of Security



Martin Göllnitz | Sabine Mecking [Hrsg.]

# Gebändigte Unsicherheit

Mediale Inszenierungen von Polizei und  
Verbrechen im 20. und 21. Jahrhundert



Nomos



## Politiken der Sicherheit | Politics of Security

Herausgegeben von

Prof. Dr. Thorsten Bonacker

Prof. Dr. Horst Carl

Prof. Dr. Eckart Conze

Prof. Dr. Christoph Kampmann

Dr. Sarah Kirst

Prof. Dr. Regina Kreide

Dr. Angela Marciniak

Band 16

Martin Göllnitz | Sabine Mecking [Hrsg.]

# Gebändigte Unsicherheit

Mediale Inszenierungen von Polizei und  
Verbrechen im 20. und 21. Jahrhundert



**Nomos**

© Titelbild: Polizeieinsatz bei einer Demonstration am 20. September 1989 in Köln  
(Foto: Michael Zech, Private Fotosammlung Kawelowski, Mülheim)

Diese Publikation geht aus dem Sonderforschungsbereich 138 „Dynamiken der Sicherheit“  
hervor und wurde mit Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziert.

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-4066-7 (Print)

ISBN 978-3-7489-6992-1 (ePDF)



Onlineversion  
inlibra

1. Auflage 2026

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2026. Gesamtverantwortung für Druck und  
Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des  
Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vor-  
behalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

# Inhaltsverzeichnis

*Martin Göllnitz und Sabine Mecking*

Gebändigte Unsicherheit. Polizei, Medien und Sicherheit 7

## **I. Polizeiliche Selbstbilder und Selbstinszenierungen**

*Peter Römer*

Kontinuitäten und Brüche polizeilicher Selbstbilder von Weimar bis heute 33

*Florentine Pramann*

„Mit Charme und Pistole“. Die Mediale Inszenierungen von Weiblichkeit und Polizei am Beispiel der ersten niedersächsischen Schutzpolizistinnen 57

*Isabel Hilpert*

„Europe is proud of you“. Die mediale Inszenierung und das Selbstbild der neuen europäischen Grenzpolizei der Grenzschutzagentur Frontex 79

## **II. Mediale und polizeiliche Inszenierung von (Un-)Sicherheit**

*Martin Göllnitz*

„Troubles A' Comin“. Mediale und polizeiliche Unsicherheitsinszenierungen der *Rolling Stones* BRAVO-Tournee 1965 105

*Frederice Charlotte Stasik*

Das Münchner Prostitutionsregime in den „langen“ 1960er Jahren. Münchner Stadtpolizei zwischen Sittenwächtertum und Kriminalitätsbekämpfung 141

*Manuel Bolz*

- Von Helden-, Krisen- und Skandalgeschichten.  
Kulturanthropologische Perspektiven auf mediale Inszenierungen  
von (Un-)Sicherheit, Kriminalität und polizeilichem Handeln im  
Vergnügungsviertel Hamburg St. Pauli nach dem Zweiten Weltkrieg 173

### **III. Sicherheitsnarrative und Sicherheitsdiskurse in Massenmedien**

*Natalija Köppl*

- Verordnetes Schweigen? Möglichkeiten der Berichterstattung über  
Kriminalität und Polizeiarbeit in Zeitungen des „Dritten Reichs“  
1933–1939 205

*Jonathan Voges*

- Berichte von der „Nachtseite unserer Gesellschaft“. Kriminalität und  
Alltag in den Gerichtsreportagen Gerhart Herrmann Mostars 225

*Christoph Lorke*

- Versicherlichung gesellschaftlicher Tabus. Repräsentationen  
sozialer Ungleichheit in DDR-Kriminalserien 1960-1989 245

### **IV. Sicherheitswahrnehmungen und polizeiliche Deutungsmacht**

*Nils Zimmer*

- Polizeiliche Inszenierungen, territoriale Stigmatisierung und mediale  
Diskurse. Zur Konstruktion von „Clankriminalität“ am Beispiel  
Berlin-Neuköllns 277

*Mina Godarzani-Bakhtiari*

- Doing Transparency nach tödlicher Polizeigewalt in den USA:  
Polizeiliche „Critical Incident Videos“ 297

*Jasper Janssen, Mina Godarzani-Bakhtiari, Simon Egbert und René Tuma*

- Gebändigte (Un-)Sichtbarkeit? Visualitätsbezogene Praktiken im  
Kontext polizeilicher Arbeit 325

- Verzeichnis der Autor:innen 353

# Gebändigte Unsicherheit. Polizei, Medien und Sicherheit

*Martin Göllnitz und Sabine Mecking*

## *1. Das Verhältnis von Polizei und Medien zueinander*

„Will man erfahren, wie es um ein Land, eine Region oder eine Gesellschaft bestellt ist, greift man zum Kriminalroman oder schaut eine Polizeiserie“. Diese knackige, von Markus Metz und Georg Seeßlen im Podcast „Freistil“ formulierte Einschätzung macht deutlich, in welchem besonderem Maße Polizist:innen als Projektions- und Identifikationsfiguren der Gegenwart fungieren.<sup>1</sup> Hierin liegt vielleicht auch die nachhaltige Popularität von Polizeibeamt:innen als literarische wie filmische Charaktere begründet. Ihre Präsenz in gesellschaftlichen Diskursen ist kaum zu übersehen, immerhin handelt es sich bei der Polizei nicht nur um eine klassische Institution der Sicherheit, sondern auch um die sichtbarste Repräsentation staatlicher Macht im öffentlichen Raum. Täglich finden sich Berichte in den klassischen Massenmedien ebenso wie in sozialen Netzwerken. Damit erscheint die Polizei omnipräsent: im Fernsehen, im Radio, in Printmedien, in der Literatur sowie in digitalen Kommunikationsräumen.

Medien übernehmen dabei jedoch nicht ausschließlich die Rolle neutraler Beobachter:innen und Informationsvermittler:innen. Vielmehr strukturieren und beeinflussen sie polizeiliches Handeln, indem sie Einsatzsituationen politisch, sozial oder kulturell rahmen und die Wahrnehmung von Sicherheit und Unsicherheit mitgestalten. Auch deshalb kommt den Medien etwa in diktatorischen Regimen eine zentrale Funktion zu, da sie gesellschaftliche Sicherheits- und Kriminalitätsdiskurse im Sinne des Staatsapparates beeinflussen können. Egal ob Zeitungsjournalist:innen, Radioreporter:innen, TV-Moderator:innen oder Social-Media-Nutzende – sie alle fungieren als eigenmächtige Deutungseliten und stellen zentrale Instanzen in Versicherheitlichungsprozessen dar: Sie markieren (Un-)Sicherheit und (de-)legitimieren polizeiliches Handeln.

---

1 Markus Metz/Georg Seeßlen, Im Asphalttschungel – Bullen, Cops und Commissarios in der populären Kultur, in: Freistil. Ein Podcast des Deutschlandfunks, 2.5.2021, <https://www.hoerspielundfeature.de/bullen-cops-und-commissarios-in-der-populaeren-kultur-im-100.html> (23.9.2025).



*Abb. 1: Olympia-Attentat in München 1972: Medienvertreter:innen umstellen ein Polizeifahrzeug und fotografieren einen auf der Rückbank befindlichen Festgenommenen, Fürstenfeldbruck 6. September 1972 (picture alliance, dpa, Mediennr. 773366).*

Auf diese Weise prägen die Medien auch das gesellschaftliche Bild von Polizei, Kriminalität und Sicherheit. Doch inwieweit Polizei dabei als „Freund und Helfer“, als Good oder Bad Cop, als Schutzengel oder korrupter Schläger dargestellt beziehungsweise wahrgenommen wird, variiert letztlich erheblich und liegt nicht zuletzt im Auge der Betrachter:innen. Zustimmung und Identifikation mit den staatlichen Sicherheitsakteur:innen hängen somit nicht nur von ihrer medialen Popularität und Präsenz ab, sondern auch von individuellen Erfahrungen im direkten Kontakt mit der Polizei. Medien beeinflussen hier nicht nur das Bild der Polizei in der Öffentlichkeit, sondern sie können auch unmittelbaren Einfluss auf Interaktionsdynamiken nehmen. Ob eine Einsatzsituation eskaliert und etwa in Gewalt mündet, hängt in hohem Maße von ihrer sozialen Dynamik ab. Diese Dynamik wird durch das Aufeinandertreffen und Zusammenspiel

sämtlicher Beteiligter bestimmt. Neben den eingesetzten Polizeikräften und den zu polizierenden Personen sind insbesondere anwesende Medienvertreter:innen sowie weitere Beobachter:innen von Relevanz.<sup>2</sup>

Gleichzeitig bedient sich die Polizei aktiv „eigener“ Medien, um für ihre Arbeit und Organisation zu werben, ihre Tätigkeit kommunikativ zu flankieren oder sich durch Bild- und Filmdokumentationen in Einsatzsituationen gegenüber Kritiker:innen abzusichern. Seit Mitte der 1980er Jahre setzte etwa Hessen als erstes Bundesland in der Bereitschaftspolizei Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten ein, um Ausschreitungen bei Großveranstaltungen besser verfolgen und aufklären zu können. Schon bald gab es diese Teams auch in den anderen Bundesländern.<sup>3</sup> Seit der Jahrtausendwende haben neue visualitätsbezogene Praktiken und Deutungen im Kontext aktueller polizeilicher Arbeit – besonders durch die sogenannten Body-Cams – noch einmal an Bedeutung gewonnen, wobei ihr Einsatz sowohl von der Polizei als auch in der Politik und Gesellschaft immer wieder kritisch diskutiert wird.

Die verschiedenen Länder- und Bundespolizeien arbeiten aber nicht nur mit den klassischen Medienformaten wie Tageszeitungen, Radio und Fernsehen zusammen, vielmehr sind die Sicherheitsbehörden seit einigen Jahren auch auf Online-Plattformen und Social-Media-Kanälen verstärkt vertreten. Hier versuchen sie im Rahmen kriminalpräventiver Strategien, wie der Gefahrenkommunikation, der Veröffentlichung von Fahndungsauffufen und Straftataufklärung, die Bevölkerung zu erreichen. Darüber hinaus dienen die Sozialen Medien auch als reichweitenstarke Plattformen für diverse Marketingkampagnen, mit denen die Polizei potenzielle, vor allem jüngere Bewerber:innen adressiert. In der Regel findet auch eine professionelle Imagepflege statt, da sich mithilfe der Social-Media-Kanäle ein gezieltes Außenbild der eigenen Institution vermitteln lässt.

Diese kurzen Ausführungen machen bereits deutlich, in welchem Maße ein Zusammenspiel zwischen den Massenmedien und der Polizei stattfindet, nicht erst seit der rasanten Verbreitung der Sozialen Medien. Die an diesem facetten-, interessen- und oftmals auch spannungsreichen Kommunikationsprozess beteiligten Akteur:innen verfolgten dabei in der Regel – und tun dies heute noch – äußerst unterschiedliche Ziele, die

---

2 Vgl. Randall Collins, *Dynamik der Gewalt. Eine mikrosoziologische Theorie*. Aus dem Englischen von Richard Barth und Gennaro Ghirardelli, Hamburg 2011.

3 Vgl. Martin Winter, *Politikum Polizei. Macht und Funktion der Polizei in der Bundesrepublik Deutschland*, Münster 1998, S. 116.

erheblich voneinander abweichen konnten. So belasten die fehlerhafte Berichterstattung über einen Polizeieinsatz, der Enthüllungsbericht über polizeiliches Fehlverhalten oder die Missachtung von Pressefreiheit durch Polizist:innen zudem eine Zusammenarbeit. Das von Konflikten und gegenseitigem Misstrauen geprägte Verhältnis zwischen Polizeibeamt:innen auf der einen und Journalist:innen auf der anderen Seite ist nicht grundlos ein zentraler Bestandteil vieler Polizeiserien und Kriminalromane.

## 2. Polizei und Medien als Akteur:innen in Versicherheitlichungsprozessen

Als zentrale Klammer, der im Kontext des vorliegenden Bandes eine wesentliche Bedeutung zukommt, fungiert das Konzept der Sicherheit beziehungsweise Versicherheitlichung. In den vergangenen Jahren hat sich die Historische Sicherheitsforschung zu einem wichtigen Feld der Geschichtswissenschaft entwickelt. Maßgeblich war dabei die Übernahme des konstruktivistischen Sicherheitsverständnisses, das seit Mitte der 1980er Jahre von der Copenhagen School for Security Studies geprägt wurde – „Security is what actors make of it“.<sup>4</sup> Jüngere Studien, die im Umfeld des 2014 eingerichteten Sonderforschungsbereichs Transregio (SFB/TRR) 138 „Dynamiken der Sicherheit. Formen der Versicherheitlichung in historischer Perspektive“ entstanden sind, haben mit ihrem Blick auf die kommunikative Konstruktion von Sicherheit überdies die semantische Variabilität des Begriffs herausgearbeitet.<sup>5</sup> Eine vorgefasste und zeitlose, mithin „objektive“ Definition von Sicherheit existiert folglich nicht.<sup>6</sup>

Eine Historische Sicherheitsforschung, die konstruktivistisch angelegt ist, kann folglich auch in jenen Kontexten zur Anwendung gelangen, in denen der Begriff „Sicherheit“ nicht explizit erwähnt wird. Dies ist vor allem für polizei- und mediengeschichtliche Themen von hoher Relevanz, hat sich

---

4 Barry Buzan/Ole Wæver, *Regions and Powers. The Structure of International Security*, Cambridge 2003, S. 48; ferner Ole Wæver, *Securitization and Desecuritization*, in: Ronnie D. Lipschutz (Hg.), *On Security*, New York 1995, S. 46–86; Barry Buzan/Ole Wæver/Japp de Wilde, *Security. A New Framework for Analysis*, Boulder 1998.

5 Vgl. exemplarisch Ulrich Niggemann/Christian Wenzel, *Sicherheit und Seelenheil. Einleitende Überlegungen zur Rolle des Religiösen im Sicherheitsdenken der Frühen Neuzeit am Beispiel der französischen Bürgerkriege*, in: *Historisches Jahrbuch 139* (2019), S. 199-235; Christian Wenzel, „Ruine d’etat.“ *Sicherheit in den Debatten der französischen Religionskriege, 1557–1589*, Heidelberg 2020.

6 Vgl. exemplarisch Eckart Conze, *Geschichte der Sicherheit. Entwicklung – Themen – Perspektiven*, Göttingen 2018, insb. S. 7-19.

doch das politische Schlagwort der „Inneren Sicherheit“ und infolgedessen ein neuartiges Sicherheitsdispositiv erst in den 1970er Jahren durchsetzen können.<sup>7</sup> Bis in die 1960er Jahre dominierte noch zumeist der im frühen 19. Jahrhundert etablierte Topos „Ruhe und Ordnung“ die bürgerlichen Denk- und Tugendtraditionen, dem bekanntlich ein militärisch-obrigkeitsstaatliches, antirevolutionär-reaktionäres Verständnis zugrunde lag.<sup>8</sup> Indem sich die Historische Sicherheitsforschung den referenziellen Charakter von Sicherheit zu eigen macht, ist es ihr möglich, das „Verhältnis von Bedrohungsnarrativ und Referenzobjekt zum Ausdruck zu bringen, das Verhältnis zwischen dem Objekt also, das als bedroht dargestellt wird, und dem Narrativ, das diese Bedrohung zu konstituieren scheint“.<sup>9</sup>

Dem kommunikativen Prozess zugrunde liegt der sperrige – auch im Englischen nicht besser klingende –, auf die politikwissenschaftlich geprägte Copenhagen School zurückgehende Terminus der „Versicherheitlichung“ respektive „Securitization“.<sup>10</sup> In diesem Konzept wird davon ausgegangen, dass ein bestimmtes Thema zu einem Sicherheitsthema kommunikativ gemacht beziehungsweise als ein solches identifiziert wird. Allerdings hat Lene Hansen schon vor einem Vierteljahrhundert auf die Problematik ausschließlich per Kommunikation konstruierter Versicherheitlichungsprozesse hingewiesen, wodurch bestimmte gesellschaftliche Gruppen – beispielsweise nationale Minderheiten, aber auch Frauen und Kinder – von diesen

---

7 Achim Saupe, Von „Ruhe und Ordnung“ zur „inneren Sicherheit“. Eine Historisierung gesellschaftlicher Dispositive, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 9:2 (2010), S. 170-187, hier S. 177-181, <https://doi.org/10.14765/zzf.dok-1748>.

8 Ebd., S. 172f.; Thomas Lindenberger, Ruhe und Ordnung, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, Bd. 2, München 2001, S. 469-484, hier S. 473.

9 Christoph Kampmann/Julian Katz/Christian Wenzel, Recht zur Intervention – Pflicht zur Intervention? Zum Verhältnis von Schutzverantwortung, Reputation und Sicherheit in der Frühen Neuzeit, in: Dies. (Hg.), *Recht zur Intervention – Pflicht zur Intervention? Zum Verhältnis von Schutzverantwortung, Reputation und Sicherheit in der Frühen Neuzeit*, Baden-Baden 2021, S. 9-52, hier S. 29. Zum Konzept der Bedrohungskommunikation siehe insb. auch Werner Schirmer, *Bedrohungskommunikation. Eine gesellschaftstheoretische Studie zu Sicherheit und Unsicherheit*, Wiesbaden 2008.

10 Siehe dazu neuerdings auch den konzisen Überblick von Thorsten Bonacker, Introduction: Securitization, politicization, differentiation, in: Ders. (Hg.), *Securitization, Politicization and Social Differentiation in History. How Security has Shaped the Configuration of Politics*, Baden-Baden 2025, S. 7-29.



Abb. 2: Das Schema des Hilfszeichens für häusliche Gewalt ist einfach zu praktizieren und zu erkennen. Im ersten Schritt wird die Handfläche gezeigt und der Daumen angelegt, anschließend die übrigen Finger über den Daumen gefaltet (Creative Commons CC0 1.0 Universal Public Domain Dedication).

ausgeschlossen werden.<sup>11</sup> Schließlich waren sie an den Kommunikationsprozessen, die die Sicherheit betreffen, in der Regel nicht beteiligt. Dies gilt nicht allein für autoritäre Staaten oder Diktaturen, sondern für den überwiegenden Teil der Geschichte. Es scheint daher sinnvoll, Versicherheitlichung als einen Prozess zu verstehen, der zumeist auf der Ebene der gesprochenen oder geschriebenen Sprache verläuft, aber auch kommunikative Praktiken wie Foto- und Filmaufnahmen, mit denen sich mehrere Beiträge im vorliegenden Band befassen, oder Handzeichen umfassen kann. Erinnerung sei an dieser Stelle an das von der Canadian Women's Foundation im April 2020 initiierte und vom Women's Funding Network global verbreitete „Handzeichen für häusliche Gewalt“ (engl. „Violence at Home Si-

11 Lene Hansen, The Little Mermaid's Silent Security Dilemma and the Absence of Gender in the Copenhagen School, in: Millennium. Journal of International Studies 29:2 (2000), S. 285-306.

gnal for Help“), mit dem Gewalt gegen Frauen während der COVID-19-Pandemie aufgrund von Kontaktbeschränkungen entgegengewirkt werden sollte (siehe Abb. 2).<sup>12</sup>

Ein praxisorientierter Versicherheitlichungsprozess verfolgt somit einen bestimmten Zweck: Er konstruiert zunächst durch sprach-, bild- oder körperbezogene Handlungen eine existenzielle Bedrohung für ein Referenzobjekt unterschiedlichster Provenienz und legitimiert auf diese Weise zugleich Handlungen, mit denen die konstruierte Bedrohung bewältigt werden soll. Je nach Gefährdungslage oder Bedrohungsnarrativ können die so evozierten Handlungen unter anderem politischer, polizeilicher oder militärischer Art sein, sie können sich im Rahmen der rechtsstaatlichen Ordnung bewegen oder aber normüberschreitend sein. Unabhängig von der zeitgenössischen oder begrifflichen Markierung konstituieren sich hierbei Sicherheitsdiskurse, in deren Mittelpunkt eine Bedrohung oder Unsicherheitssituation steht.

Da bislang noch relativ offen von „Markierung“ und „Handlung“ gesprochen wurde, soll zur analytischen Tiefenbohrung nun der Blick auf zwei Begriffe gelenkt werden, die sich für die Bestimmung von Sicherheit bereits in früheren Studien als äußerst hilfreich erwiesen haben: Sicherheitsheuristiken und Sicherheitsrepertoires.<sup>13</sup> Wie Christoph Kampmann und Horst Carl jüngst betont haben, werden Sicherheitsvorstellungen vor dem Hintergrund gemeinsam geteilter Sinnhorizonte aktualisiert und reproduziert, weshalb es spezifischer Heuristiken (generalisierter Deutungsmuster, kultureller Codes und Frames) bedarf, auf die dann häufig routinemäßig zurückgegriffen wird, um entsprechende Unsicherheitssituationen zu deuten.<sup>14</sup> Heuristiken dienen folglich der Identifikation, Markierung und eva-

---

12 N.N., Become a Signal For Help Responder, in: Canadian Women's Foundation, April 2020, <https://canadianwomen.org/signal-for-help/> (26.9.2025); N.N., A Universal Sign for Help, Powered by a Global Network, in: Women's Funding Network, April 2020, <https://www.womensfundingnetwork.org/signalforhelp/> (26.9.2025).

13 Vgl. insb. Martin Göllnitz/Sabine Mecking (Hg.), *Polizei und Sicherheit. Akteure – Heuristiken – Repertoires*, Wiesbaden 2024; sowie Dies., *Stadtrevier. Neue Perspektiven auf Sicherheit in urbanen Räumen*, in: *Moderne Stadtgeschichte H. 2* (2023), S. 6-23; Martin Göllnitz/Henrik Lundtofte, *Unsicherheiten und Repressalien: Zur Dynamik und Radikalisierung der deutschen Politik in Dänemark, 1943-1945*, in: *Totalitarismus und Demokratie 21:1* (2024), S. 109-130; Sabine Mecking, *Verunsicherte Sicherheitsexperten. Polizei in Ostdeutschland in der Wende- und Transformationszeit*, in: *Geschichte und Region/Storia et regione 34:1* (2025), S. 153-178.

14 Siehe Christoph Kampmann/Horst Carl, *Historische Sicherheitsforschung und die Sicherheit des Friedens*, in: Irene Dingel/Michael Rohrschneider/Inken Schmidt-Vo-

luativen Einschätzung von sicherheitsrelevanten Situationen und zeichnen sich dabei durch ihre Varietät aus, das heißt unterschiedliche Akteur:innen bringen zur Bestimmung und Bewertung von Sicherheitslagen unterschiedliche Heuristiken in Anschlag. Dies reflektiert auch den Umstand, dass Menschen Sicherheitslagen in unterschiedlicher Weise erleben und von ihnen betroffen sind. Heuristiken sind selbst das historische Produkt gesellschaftlichen Wandels und zugleich mit bestimmten Formen politischer Herrschaft oder Staatlichkeit eng verbunden.<sup>15</sup>

Mit der Deutung von Situationen, die als unsicher wahrgenommen werden, sind in der Regel zudem konkrete Handlungsimperative und -muster verknüpft, „weil Sicherheitsprobleme als solche zum Handeln nötigen“.<sup>16</sup> Unter Sicherheitsrepertoires sind also sämtliche zur Verfügung stehenden, handlungsbezogenen Maßnahmen zu verstehen, mit denen ein Sicherheitsproblem bewältigt werden soll.<sup>17</sup> Bestimmte Heuristiken sind zumeist mit spezifischen Repertoires verknüpft, die als standardisierte Muster der praktischen Bewältigung von Bedrohungs-, Unsicherheits- oder akuten Gefahrensituationen zu betrachten sind. Mit Blick auf die in den Beiträgen fokussierte polizeiliche Praxis umfassen die Repertoires jenen Teil des behördlichen Maßnahmenkatalogs, der dazu beiträgt, ein Sicherheitsproblem zu bearbeiten und zu lösen. Hierunter fallen unter anderem Bürgergespräche, Streifenfahrten, Polizeikontrollen oder Ingewahrsamnahmen, aber auch der Einsatz von Body-Cams, Wasserwerfern und Gummiknüppeln. Wie die Autor:innen in ihren Beiträgen zeigen, umfasst das polizeiliche Handlungsspektrum in der Regel sowohl Präventions- und Deeskalationsstrategien als auch die Anwendung von physischer Gewalt.

Es ist schon davon gesprochen worden, dass sowohl die Polizei als auch die Medien in Prozessen der Versicherheitlichung eine wichtige Funktion einnehmen. Indem Journalist:innen und Medien mithilfe von Sicherheitsheuristiken und medialen Routinen sicherheitsrelevante Situationen dramatisieren, legitimieren sie politische Maßnahmen, die dabei helfen

---

ges/Siegrid Westphal/Joachim Whaley (Hg.), *Handbuch Frieden im Europa der Frühen Neuzeit/Handbook of Peace in Early Modern Europe*, Berlin 2021, S. 529-550, hier S. 535.

15 Martin Göllnitz/Sabine Mecking, *Polizeigeschichte und Historische Sicherheitsforschung. Akteure, Heuristiken und Repertoires*, in: Göllnitz/Mecking, *Polizei und Sicherheit* (wie Anm. 13), S. 3-25, hier S. 19f.

16 Kampmann/Carl, *Historische Sicherheitsforschung* (wie Anm. 14), S. 535.

17 Hierzu und zum Folgenden vgl. Göllnitz/Mecking, *Polizeigeschichte* (wie Anm. 15), S. 20f.

sollen, ein wahrgenommenes Sicherheitsproblem zu bearbeiten.<sup>18</sup> Als eigenmächtige Deutungselite sind Journalist:innen folglich an der öffentlichen Rahmung von Sicherheitsthemen in hohem Maße beteiligt. Auch die hier versammelten Beiträge zeigen anhand unterschiedlicher Fallbeispiele, wie die Medien mittels narrativer und dramatisierender Routinen der Krisenberichterstattung eine vermeintliche Bedrohungslage konstruierten beziehungsweise politische, gesellschaftliche oder öffentliche Sicherheitsprobleme inszenierten. Nach Kai Nowak und Marc Chaouali sind Journalist:innen – und folglich auch Radioreporter:innen oder TV-Moderator:innen – daher weniger als Sicherheits- denn als Versicherunglichungsexpert:innen aufzufassen.<sup>19</sup>

Als klassische Sicherheitsexpertin gilt in Deutschland und Europa hingegen die staatliche Sicherheitsbehörde Polizei. Ihre Angehörigen, unter denen die Schutzpolizist:innen und die Kriminalbeamten:innen wohl die bekanntesten Vertreter:innen sind, zeichnen sich dabei durch routiniertes Handeln sowie durch eingeübte Formen und Praktiken der Sicherheit in etablierten Bereichen aus. Nach Didier Bigo handelt es sich bei ihnen demnach um sogenannte „security professionals“, wobei für ihn die Berechtigung und Autorität des Sicherheitspersonals zentral sind, die sie durch geschulte und eintrainierte Fähigkeiten erlangen.<sup>20</sup> Die Berufung auf diese Expertise führt allerdings auch dazu, dass spezielle Sicherheitsfragen

---

18 Vgl. dazu ausführlich Kai Nowak/Marc Chaouali, Journalisten als Sicherheitsakteure? Experten und Medien in Versicherunglichungsprozessen, in: Carola Westermeier/Horst Carl (Hg.), Sicherheitsakteure. Epochenübergreifende Perspektiven zu Praxisformen und Versicherunglichung, Baden-Baden 2018, S. 275-316, hier S. 275f., 279-284, 296. Für die Rolle der Medien in Versicherunglichungsprozessen vgl. überdies William Walters/Anne-Marie D'Aoust, Bringing Publics into Critical Security Studies. Notes for a Research Strategy, in: Millennium. Journal of International Studies 44 (2015), S. 45-68.

19 Nowak/Chaouali, Journalisten (wie Anm. 18), S. 296.

20 Didier Bigo, Security, in: Rebecca Adler-Nissen (Hg.), Bourdieu in International Relations. Rethinking key concepts in IR, London 2012, S. 114-130; Ders., When two become one. Internal and external securitisations in Europe, in: Morten Kelstrup/Michael C. Williams (Hg.), International relations theory and the politics of European integration. Power, security, and community, London/New York 2000, S. 171-204; Ders., Globalized (in)security: The field and the ban-opticon, in: Ders./Anastasia Tsoukala (Hg.), Terror, insecurity and liberty. Illiberal practices of liberal regimes after 9/11, London 2008, S. 10-48; Ders., Security and Immigration. Toward a Critique of the Governmentality of Unease, in: Alternatives. Global, Local, Political 27:1 (2002), S. 63-92.

gegenüber anderen dominieren.<sup>21</sup> Eine Expertenschaft in Bezug auf Sicherheitsfragen wird somit nicht auf Wissenschaftler:innen oder Politiker:innen begrenzt, sondern kann ebenso ausgebildete Fachkräfte umfassen.<sup>22</sup> Ein weiterer, für die im Band versammelten Fallbeispiele nicht zu vernachlässigender Aspekt ist die Kooperation zwischen den „security professionals“ und ihren Klient:innen, wobei sich erstere mit den spezifischen Problemen der letzteren befassen. Indem sie auf ihr Fachwissen zurückgreifen, erschließen und individualisieren sie Sicherheitsprobleme, sie werden folglich auf die Klient:innen zugeschnitten.<sup>23</sup> Anliegen dieser Perspektive ist es, herauszuarbeiten, wie Polizist:innen in die Konstruktion von Versicherunglichungsprozessen involviert sind und wie sie auch ohne dramatisierte Zuspitzung Bedrohungsszenarien aufbauen respektive bewältigen.

### 3. Polizei, Medien und Sicherheit: drei Perspektiven

Für die Herstellung von Öffentlichkeit war und ist die Präsenz der (klassischen Massen-)Medien beziehungsweise seit einiger Zeit auch die Präsenz in New Media grundlegend.<sup>24</sup> Auf der einen Seite kann die Polizei die öffentliche Wirkung ihrer Arbeit potenzieren, auf der anderen Seite erhalten vor allem die „klassischen“ Medienvertreter:innen unmittelbaren Zugang zu Ereignissen mit hohem Nachrichtenwert.<sup>25</sup> Polizei- und Medienarbeit sind hier nicht nur eng miteinander verwoben, sondern sie stehen in

---

21 Vgl. exemplarisch Martin Göllnitz, Der „Gegenterror“ als ambivalente Handlungsressource. Entgrenzung eines polizeilichen Sicherheitsrepertoires im besetzten Dänemark 1944/45, in: Göllnitz/Mecking, *Polizei und Sicherheit* (wie Anm.13), S. 299-324.

22 Vgl. die Überlegungen bei Ulrich Oevermann, Zur Sache. Die Bedeutung von Adornos methodologischem Selbstverständnis für die Begründung einer materialen soziologischen Strukturanalyse, in: Ludwig von Friedeburg/Jürgen Habermas (Hg.), *Adorno-Konferenz 1983*, Frankfurt a.M. 1983, S. 234-289.

23 Carola Westermeier, Einleitung: Sicherheitsexperten – Experten und Versicherunglichung, in: Westermeier/Carl, *Sicherheitsakteure* (wie Anm.18), S. 239-255, hier S. 245f.

24 Vgl. einführend Karl Christian Führer/Knut Hickethier/Axel Schildt, Öffentlichkeit – Medien – Geschichte. Konzepte der modernen Öffentlichkeit und Zugänge zu ihrer Erforschung, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 41 (2001), S. 1-38; Jörg Requate, Öffentlichkeit und Medien als Gegenstände historischer Analyse, in: *Geschichte und Gesellschaft* 25:1 (1999), S. 5-32.

25 Vgl. Dieter Rucht, Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen, in: Friedhelm Neidhardt (Hg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*, Opladen 1994, S. 337-358.

wechselseitigen Abhängigkeiten. Diese Interdependenzen und vor allem Ambivalenzen im Verhältnis von Polizei, (Massen-)Medien und Sicherheit, die sich seit den 1970er Jahren zunehmend deutlich abzeichneten, offenbarten sich besonders deutlich bei polizeilichen Großeinsätzen. Obwohl selbstverständlich auch zahlreiche Beispiele für gelungene Kooperationen existieren, in denen Polizei und Presse, Funk und/oder Fernsehen gemeinsam zur „Bändigung von Unsicherheit“ beitrugen, richtet sich der Spot schlaglichtartig auf drei Polizei- und (!) Medieneinsätze, die erhebliche gesellschaftliche, politische und juristische Diskussionen auslösten.

Als ein Beispiel für die enge Verflechtung von Polizei- und Medienarbeit ist das Attentat bei den Olympischen Spielen in München 1972 anzuführen. Am 5. September 1972 stürmten bewaffnete palästinensische Terroristen das Quartier der israelischen Sportler:innen. Sie nahmen Geiseln, um die Freilassung inhaftierter Mitglieder der Roten Armee Fraktion (RAF) in der Bundesrepublik sowie palästinensischer Gefangener in Israel zu erzwingen. Polizei und Bundesregierung verhandelten im Olympischen Dorf mit den Geiselnehmern unmittelbar vor den Augen der Weltöffentlichkeit. Kamerateams übertrugen die Ereignisse live, einschließlich polizeilicher Einsatztaktiken. So konnten die Zuschauer:innen vor dem Fernseher beobachten, wie sich als Sportler verkleidete, bewaffnete Polizisten über die Dächer des Mannschaftsquartiers anschlichen (siehe Abb. 3). Dieser unbeholfene Befreiungsversuch wurde schließlich abgebrochen. Als die Attentäter letztendlich mit ihren Geiseln in ein arabisches Land ausgeflogen werden sollten, eskalierte die Situation. Polizeiliche Scharfschützen eröffneten das Feuer. In der anschließenden Schießerei geriet ein Hubschrauber in Brand und explodierte. Am Ende waren alle elf israelischen Sportler:innen, ein Polizist sowie fünf der acht Attentäter tot.<sup>26</sup>

---

26 Vgl. Klaus Forster/Thomas Knieper, Das Blutbad von München. Terrorismus im Fernseh-Zeitalter, in: Gerhard Paul (Hg.), Das Jahrhundert der Bilder, Bd. 2, Bonn 2008, S. 434-441; Eitan M. Mashiah, Erinnerung an das Olympia-Attentat 1972. Eine transnationale Spurensuche in Deutschland und Israel, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 2.9.2022, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/muenchen-1972-2022/512572/erinnerung-an-das-olympia-attentat-1972/> (26.9.2025).



*Abb. 3: Polizeieinsatz im Olympischen Dorf, München 5. September 1972. Polizeibeamte postierten sich auf dem Dach (www.imago-images.de/imago, Foto: Klaus Rose).*

Ein zweites Beispiel – das, wäre es nicht so tragisch, als absurdes Medien- und Polizeispektakel gelten könnte – lässt sich in den späten 1980er Jahren ausmachen. Am 16. August 1988 überfielen die bereits polizeibekanntes Kriminellen Hans-Jürgen Rösner und Dieter Degowski eine Bank in Gladbeck. Die anschließende, mehr als 50 Stunden andauernde Flucht mit Geiseln durch Deutschland und die Niederlande zählt zu den umstrittensten Polizei- und Medienereignissen der Bundesrepublik. Die Täter wurden nicht nur von der Polizei, sondern auch von einem Tross von Journalist:innen begleitet. Durch Liveberichte und spontane Interviews boten die Medien den Geiseln ein bis dahin unbekanntes Podium. Vor laufenden Kameras hielten sie den Geiseln Waffen an den Kopf, gaben in Bremen vor einem gekaperten Bus eine improvisierte Pressekonferenz (siehe Abb. 4) und beantworteten in der Kölner Innenstadt Fragen von Reporter:innen aus einem Fluchtwagen heraus. Während die Täter ihre mediale Aufmerksamkeit sichtlich genossen, agierte die Polizei taktisch und kommunikativ unkoordiniert und verpasste mehrfach Zugriffschancen. Das Geisel-, Poli-

zei- und Mediendrama endete mit zwei toten Geiseln und einem toten Polizisten.<sup>27</sup>



*Abb. 4: Die flüchtigen Geiselnnehmer des Banküberfalls von Gladbeck präsentieren sich auf ihrer Irrfahrt durch Norddeutschland den Medien, Bremen 17. August 1988 (Staatsarchiv Bremen, Foto: Peter F. Meyer).*

Eine weitere polizeiliche Großlage, die in den frühen 1990er Jahren weltweite Aufmerksamkeit auf sich zog, war das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen 1992. Zwischen dem 22. und 26. August griffen mehrere hundert rechtsextreme Randalierer die zentrale Aufnahmestelle für Asylsuchende sowie ein Wohnheim für vietnamesische Vertragsarbeiter:innen an. Dabei wurden sie von Tausenden Zuschauer:innen, vor allem von den Anwohner:innen der Nachbarschaft, beklatscht, ermuntert und unterstützt. Zahlreiche Anwesende behinderten zudem die Arbeit der Polizeikräfte, teils griffen sie diese sogar tödlich an. Über mehrere Tage hinweg gelang es der Polizei nicht, die massiven Ausschreitungen einzudämmen. Sie agierte zum Teil zögerlich und verspätet; zeitweise war sie kaum oder gar nicht vor Ort

---

27 Vgl. Steffen Burkhardt, Das Geiseldrama von Gladbeck, in: Paul, Das Jahrhundert (wie Anm. 26), S. 550-557.

präsent. Ein Fernsehteam des ZDF-Magazins „Kennzeichen D“ befand sich bereits zu Beginn im sogenannten Sonnenblumenhaus und berichtete in einer Art „Live-Krimi“ von den Angriffen. Rasch trafen weitere Kamera- und Radioteams aus dem In- und Ausland ein, um direkt vom Pogrom zu berichten. Diese mediale Aufmerksamkeit wirkte mehrfach schädlich: Zum einen zog sie zusätzliche gewaltbereite Rechtsextreme nach Rostock, zum anderen wurde das eklatante Versagen der Polizei für ein Massenpublikum sichtbar und schädigte das Vertrauen in die polizeilichen Sicherheitsakteure nachhaltig. Dass es bei den tagelangen Ausschreitungen keine Todesopfer gab, ist als zufälliges Glück zu bezeichnen.<sup>28</sup>

Die skizzierten Fälle weisen zwar jeweils unterschiedliche gesellschaftliche, polizeiliche und medienpolitische Rahmenbedingungen sowie Folgen auf, sie verweisen jedoch deutlich auf die in der Praxis bestehende situative Wechselbeziehung zwischen Polizei, Medien und der öffentlichen Wahrnehmung von Sicherheit beziehungsweise Unsicherheit. Die Einsätze waren sowohl mit Fehlern in der Polizeiarbeit als auch in der medialen Berichterstattung verbunden, wobei das polizeiliche Handeln und das Verhalten der Medien hier nicht isoliert voneinander betrachtet werden kann. Im Münchner Fall war es vor allem der unreflektierte Umgang der Polizei mit den Medien, eine Folge ihrer Überforderung angesichts einer neuartigen terroristischen Einsatzlage. Dieses Attentat führte letztlich zur Gründung der Grenzschutzgruppe 9 (GSG 9) sowie von Sondereinheiten der Länderpolizeien wie den Mobilien Einsatzkommandos (MEK) und den Spezialeinsatzkommandos (SEK). Bereits in München, aber dann vor allem später während des Geiseldramas von Gladbeck behinderten Medienvertreter:innen massiv die Polizeiarbeit. So wurde den Geiselnehmern 1988 eine Bühne geboten, sich vor laufenden Kameras und Mikrofonen zu inszenieren. Neben organisatorischen Reformen innerhalb der Polizei reagierte auch der Deutsche Presserat mit einer Erweiterung des Pressekodex. Das Rostocker Beispiel verdeutlicht schließlich in besonderer Weise, wie sehr sowohl polizeiliches als auch mediales Verhalten eine mobilisierende Wirkung auf Gewalt entfalten konnte. Durch ihre Fehleinschätzungen und das zeitweilige Zurückweichen überließ die Polizei den Gewalttätern den öffentlichen Raum. Die permanente Medienpräsenz erzeugte zusätzliche Erwartungs-

---

28 Vgl. Patrick Wagner, „Smooth-Policing“ gegen rechte Gewalt. Die Polizei in den ersten Jahren der ostdeutschen Transformation, in: Till Kössler/Janosch Steuer (Hg.), Brandspuren. Das vereinte Deutschland und die rechte Gewalt der frühen 1990er-Jahre, Bonn 2023, S. 156-174; Mecking, Verunsicherte Sicherheitsexperten (wie Anm. 13), S. 153-178.

haltungen und wirkte teilweise als Anreiz für weitere Gewalthandlungen, sie hatte geradezu belohnenden Charakter.

Diese Schlaglichter können nur erste Anhaltspunkte im komplexen Beziehungsgefüge von Polizei, Medien und Sicherheit bieten. Die genannten Polizeieinsätze unterstreichen jedoch, dass die Analyse polizeilicher Sicherheitsgeschichte ohne die Einbeziehung der Mediengeschichte unvollständig bleiben muss. Dies gilt selbstverständlich auch umgekehrt. Es erscheint daher lohnenswert, der Frage nachzugehen, wie sich sowohl gesellschaftliche als auch individuelle Bilder der Polizei seit dem beginnenden 20. Jahrhundert gewandelt haben.<sup>29</sup>

#### *4. Polizei und Medien im Einsatz: Fallbeispiele*

Der vorliegende Sammelband vereint 13 Beiträge, die dem Zusammenwirken von Polizei und Medien in Versicherheitlichungsprozessen nachgehen. Alle Aufsätze gehen auf einen im Jahr 2024 von den Herausgeber:innen gemeinsam mit Ulrike Weckel von der Justus-Liebig-Universität Gießen organisierten Workshop an der Philipps-Universität Marburg zurück, der die „Medialen Inszenierungen von Polizei und Verbrechen“ im 20. und 21. Jahrhundert in den Blick nahm. Drei Tage lang tauschten sich vom 7. bis 9. November 2024 rund fünfzig Historiker:innen, Soziolog:innen, Medienwissenschaftler:innen und Polizist:innen über die ambivalente Rolle der Polizei und Medien in Prozessen der Ver- und Entsicherheitlichung, über spezifische Sicherheitsheuristiken und -repertoires sowie über die Ausgestaltung medialer Sicherheitsdiskurse in modernen Staaten und Gesellschaften aus.<sup>30</sup> Dank der großzügigen Förderung durch den an den Universitäten in Marburg und Gießen sowie dem Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung institutionalisierten SFB/TRR 138 „Dynamiken der Sicherheit“ konnte die wechselseitige Polizei- und Mediengeschichte erst-

---

29 Vgl. hierzu auch die weiteren Überlegungen bei Martin Göllnitz, *Beyond Ordinary Men? Perspektiven einer Polizeigeschichte als (regionale) Zeitgeschichte*, in: Nina Gallion/Martin Göllnitz/Frederieke M. Schnack (Hg.), *Regionalgeschichte. Potentiale des historischen Raumbezugs*, Göttingen 2021, S.29-53; und Sabine Mecking, *Mehr als Knüppel und Knöllchen. Polizeigeschichte als Gesellschaftsgeschichte*, in: Dies. (Hg.), *Polizei und Protest in der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 2020, S.1-25.

30 Siehe den Tagungsbericht von Leon Bohnsack/Lea Lachnitt, *Gebändigte Unsicherheit. Mediale Inszenierungen von Polizei und Verbrechen*, in: *H-Soz-Kult*, 31.3.2025, <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-154019> (26.9.2025).

malig aus der Perspektive der Historischen Sicherheitsforschung in einem größeren Kontext diskutiert werden.

Wie von den Veranstalter:innen erhofft, porträtierten die Referent:innen in ihren Vorträgen ein breites Spektrum von Forschungsansätzen und -perspektiven, indem sie sich offen für eine konzeptionelle Verknüpfung der Polizei- und Mediengeschichte mit der Sicherheitsgeschichte zeigten. Die Mehrheit der im Rahmen des Workshops gehaltenen Vorträge hat in modifizierter, überarbeiteter und erweiterter Form Eingang in den vorliegenden Band gefunden. Zeitlich erstrecken sich die Beiträge vom frühen 20. Jahrhundert bis in die unmittelbare Gegenwart, wobei das deutsche Staatsgebiet den geografischen Mittelpunkt der Analysen bildet. Einen Schwerpunkt bilden hierbei jene Aufsätze, die sich mit (Un-)Sicherheitsdiskursen in der Bundesrepublik Deutschland befassen, wohingegen Arbeiten zu den beiden diktatorischen Regimen der deutschen Geschichte, das NS-Regime und die Deutsche Demokratische Republik (DDR), mit nur jeweils einem Beitrag vertreten sind. Dies hängt in hohem Maße mit der eingeschränkten beziehungsweise unterdrückten Pressefreiheit in beiden Staaten zusammen. In ihren Beiträgen betonen Christoph Lorke und Natalija Köppl allerdings zu Recht, dass weitere Studien zum Themenkomplex „Polizei, Medien und Sicherheit“ in Diktaturen und autokratisch regierten Systemen nicht nur lohnenswert, sondern für unser Verständnis von gesellschaftspolitischen Kriminalitäts- und Sicherheitsdiskursen wichtig sind.

Mit dem hier gewählten Fokus auf die Bundesrepublik Deutschland seit 1945 soll weiterhin eine bessere Vergleichbarkeit gewährleistet werden. Denn obgleich Polizeiangelegenheiten Sache der Bundesländer sind, teilen die einzelnen Länderpolizeien zahlreiche institutionelle, organisatorische und rechtliche Gemeinsamkeiten, wodurch Differenzen stärker hervorstechen. Eine solche Perspektive schärft den Blick für die grundlegende Bedeutung des hier eröffneten Zusammenhangs von Polizei, Medien und Sicherheit, und erlaubt den Beiträgen zudem, mögliche Kontinuitäten, Wandlungsprozesse und zeitliche oder regionale Spezifika hervorzuheben beziehungsweise zu konkretisieren. Auf diese Weise werden ferner thematische und konzeptionelle Schnittmengen sichtbar, die eine Zuordnung der Beiträge zu insgesamt vier Schwerpunkten nahelegen und die im Folgenden vorgestellt werden.

Im *ersten Schwerpunkt* blicken drei Autor:innen auf die polizeiliche Selbstinszenierung als professionelle Sicherheitsexpertin. Diese Fallbeispiele verdeutlichen, wie die diversen Polizeibehörden auf unterschiedliche mediale Praktiken und Plattformen zurückgreifen, mithilfe derer sie eine

Deutungshoheit über bestimmte Themen, Diskurse und ihre öffentliche Wahrnehmung beanspruchen.

Einleitend skizziert Peter Römer polizeiliche Selbstbilder im 20. Jahrhundert. Weniger die Verortung der Polizei im Staat, sondern die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bestimmten ihre praktische Arbeit. Werte wie Loyalität oder der Begriff der „Polizeifamilie“ wirkten systemübergreifend und führten zu Spannungen zwischen offizieller Polizeikultur und der an der Polizeibasis gelebten „Cop Culture“. In der Weimarer Republik galt der Leitspruch „Freund und Helfer“ der gesamten Bevölkerung, im NS-Regime hingegen nur der „Volksgemeinschaft“. So konnten „Polizeisoldaten“ an Deportationen und Massenerschießungen teilnehmen, ohne ihr Selbstbild des freundlichen Helfers aufzugeben. Nach 1945 begünstigten personelle Kontinuitäten die Legende der „sauberen Polizei“, und autoritäre Traditionen wirkten auch im demokratischen Neuanfang in der Bundesrepublik fort. Reformdruck und bürgerrechtsorientierte Ansätze nahmen dann ab den 1960er Jahren zu. Eine kritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit erfolgte jedoch erst ab Ende der 1980er Jahre. Heute schwanke, so Römer, das Selbstbild der Polizei zwischen Bürger:innenpolizei und familiärem Corpsgeist.

Dass stereotype Geschlechterbilder noch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum Alltag der uniformierten Polizeien gehörten, zeigt allen voran der Beitrag von Florentine Pramann, die das „Eindringen“ von Frauen in die männliche Domäne der Schutzpolizei am Beispiel Niedersachsens erörtert. Mit der Integration von Polizistinnen in die Schutzpolizei verlor zwar die Gleichsetzung von Männlichkeit und staatlicher Gewalt an Bedeutung, doch hielt sich die Vorstellung von vergeschlechtlichten Kompetenzen und Verhaltensweisen hartnäckig: Somit blieben die gesellschaftlichen Konstruktionen des körperlich überlegenen, gewaltaffinen Polizisten und der physisch unterlegenen, einfühlsamen Polizistin auch in polizeilichen Selbstbildern weiterhin wirkmächtig. Die damit eng verknüpfte vergeschlechtlichte Perspektive von Sicherheit wurde von den Medien nicht nur nicht hinterfragt, sondern sie verfestigten diese sogar noch, wenn sie die neuen Polizistinnen zumeist als attraktiv, selbstbewusst und kompetent charakterisierten und ihre polizeilichen Tätigkeiten im Einklang mit ihrer Jugend und Weiblichkeit präsentierten.

Wie Isabel Hilpert in ihrem Beitrag darlegt, wird auch die mediale Präsenz inklusive der damit verbundenen Imagestrategie der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (kurz: Frontex, Akronym für *frontières extérieures*) in den Sozialen Medien bislang kaum diskutiert oder

wahrgenommen. So verweisen etwa die von Frontex medial transportierten Diskurse auf eine Europäisierung des Grenzregimes und dienen in erster Linie dazu, die eigene Behörde zu legitimieren. Die mediale Selbstinszenierung zeugt von einer Kommunikationsstrategie, die vor allem Machtkonstellationen und Dynamiken politischer Willensbildung fokussiert und weniger von einem Transparenzanspruch gegenüber einer breiten Öffentlichkeit getragen ist. Eine tiefergehende Analyse von Behördenkommunikation in den Sozialen Medien kann laut Hilpert neue Erkenntnisse in Bezug auf deren Selbst- und Fremdwahrnehmung liefern.

Den *zweiten Schwerpunkt* bilden die Beiträge, die sich mit den medialen und polizeilichen Inszenierungen von (Un-)Sicherheit beschäftigen. Sie konzentrieren sich auf das wechselseitige Zusammenspiel von Polizei und Medien bei der Versicherheitlichung von realen oder vermeintlichen Bedrohungslagen, indem sie Vorstellungen gesellschaftlicher Normen und politischer Verhältnisse vor der Folie einer als sicherheitsrelevant markierten Situation ebenso thematisieren wie die ambivalente Beziehung zwischen Polizist:innen und Medienvertreter:innen in einer demokratischen Gesellschaft.

Martin Göllnitz analysiert in seinem Beitrag jene Unsicherheitswahrnehmungen, die vor, während und nach der ersten Deutschland-Tour der Band Rolling Stones im Jahr 1965 von medialen und polizeilichen Akteur:innen inszeniert wurden. Als die Medien von der geplanten Tournee erfuhren, setzte unmittelbar eine dramatisierende Berichterstattung ein, wobei sie sowohl den elektronisch verzerrten Sound als auch das deviante Verhalten und laszive Erscheinungsbild der britischen Band als Bedrohungen markierten. Indem sie zugleich auf mehrere Krawalle und Ausschreitungen verweisen konnten, die sich bei Konzerten der Rolling Stones unter anderem in den USA, in Großbritannien oder in Schweden ereignet hatten, versicherheitlichten sie die geplante Tour. Unter dem Eindruck dieser medial inszenierten Gefährdungslage entwickelten die Polizeibehörden der urbanen Veranstaltungsorte unterschiedliche Strategien, die von dem Aufbau abschreckender Drohkulissen bis hin zum bewussten Verzicht auf Provokation reichten. Dabei reflektierte die Polizei ihr eigenes Vorgehen allerdings nur unzureichend, denn vielfach bildete ihr martialisches Auftreten überhaupt erst den Anlass für die Krawalle. Aufgrund der Vorfälle um die Berliner Waldbühne, die beim Konzert der Rolling Stones stark in Mitleidenschaft gezogen wurde, warfen die Medien der Polizei Versagen vor, während diese die aufheizende und anstachelnde Berichterstattung kritisierte.

Um das Verhältnis medialer Sicherheitsheuristiken und polizeilicher Maßnahmenkataloge geht es auch im Beitrag von Frederice Charlotte Stasik, die einen nicht weniger spannenden Fall in den Blick nimmt. Im Mittelpunkt stehen die Dynamiken im Münchner Sex Worker-Regime<sup>31</sup> in den „langen“ 1960er Jahren sowie seine Zuspitzung im sogenannten Dirnenkrieg im April 1972 – unter dieser Bezeichnung verhandelte die Presse die damaligen Ereignisse. Nachdem das örtliche „Prostitutionsregime“ der bayerischen Landeshauptstadt mit seinem raumpolitischen Ansatz der Verdrängung und Verunsichtbarung von Prostitution beziehungsweise Sexarbeit mittels Sperrbezirkserrichtung nur geringe Erfolge verzeichnen konnte, entschieden sich die kommunalen Entscheidungsträger für die polizeiliche Bearbeitung des „Sicherheitsproblems“. In dieser Verknüpfung von Geschlecht, Konsum, Sexualität und Raum werden nicht nur Fragen von Machtdynamiken sichtbar, sondern es ist auch eine Veränderung der medialen Berichterstattung zu beobachten: Hatten die Medien anfangs noch in hohem Maße dazu beigetragen, das urbane „Prostitutionsmilieu“ zu versicherheitlichen, richtete sich ihre Kritik nun gegen die Polizeibehörde, die ihnen als zu prüde galt.

Das Spannungsverhältnis von Sex und Crime greift auch der Beitrag von Manuel Bolz auf, der aus einer kulturanthropologischen Perspektive die medialen Inszenierungen von Kriminalität, polizeilichem Handeln und (Un-)Sicherheit am Beispiel des Vergnügungsviertels Hamburg St. Pauli beleuchtet. Als literarisches, journalistisches oder touristisches Unterhaltungsmotiv dient die Verbindung von Sexualität und Kriminalität oft dem Ziel, mittels besonders schmutziger, tragischer oder aufsehenerregender Details die Geschichte zu deuten und gegebenenfalls besser zu vermarkten. Hierbei entstehen unzählige mediale Figurationen, denen kulturelle Vorlagen wie der „Zuhälter“ und die „Sexarbeiterin“ oder der „Serienmörder“ und die „Polizei“ zugrunde liegen, die je nach Setting in spezifischen Räumen und Konstellationen zueinander in Beziehung gesetzt werden. Anhand der Vergnügungsgeschichte St. Paulis in den 1970/80er Jahren legt Bolz exemplarisch dar, wie mediale Diskurse, Repräsentationen und Bilderwelten bis heute die polizeilichen Akteur:innen entweder als heldenhafte Kontrollinstanzen oder als antagonistische Bedrohungen für kiezinterne Netzwerke inszenieren.

---

31 Siehe hierzu weiter Mareen Heying, *Huren in Bewegung. Kämpfe von Sexarbeiterinnen in Deutschland und Italien, 1980 bis 2001*, Essen 2019.

Der *dritte Schwerpunkt* rückt mit drei Beiträgen die medialen Darstellungen von Kriminalität und Polizei in den Fokus und fragt nach Sicherheitsnarrativen und -diskursen in traditionellen Massenmedien. In den hier vereinten Fallbeispielen werden folglich Wahrnehmungen und Einschätzungen von Sicherheitsproblemen sowie medial verhandelte Maßnahmen zur Bewältigung derselben in den Blick genommen. Dabei tritt mit dem Staat ein weiterer zentraler Akteur in Erscheinung, der auf die öffentlichen Sicherheitsdiskurse einzuwirken versucht, indem er eine Berichterstattung über bestimmte Themen, Personenkreise oder gesellschaftliche Phänomene nur in verzerrter oder zensierter Form erlaubt beziehungsweise sogar per Anordnungen gänzlich verbietet.

Gleich der erste Beitrag der Sektion von Natalija Köppl arbeitet die staatlichen Eingriffe in Bezug auf die Presseberichterstattung über Kriminalität und Polizeiarbeit während des NS-Herrschaftssystems zwischen 1933 und 1939 heraus. Für ihre Untersuchung analysiert sie die journalistischen Artikel zweier Boulevardblätter, der „Berliner Illustrierten Zeitung“ und des „Illustrierten Beobachters“. Obgleich die Zeitungen keineswegs nach eigenem Gutdünken über alle aktuellen Kriminalfälle, das Vorgehen der Polizei oder die Sicherheitspolitik des NS-Regimes berichten durften, existierte kein generelles Verbot hinsichtlich der Themen Sicherheit, Polizei und Kriminalität. Jene Fälle, die nicht verschwiegen werden konnten, sollten sodann im Sinne der „Volksgemeinschaft“ fruchtbar gemacht werden. In entsprechenden Presseanweisungen betonten die zuständigen Ministerien unter anderem Aspekte, die im Fokus der Presseberichte zu stehen hatten. So sollte etwa die gelungene Gesetzgebung und Rechtsprechung oder aber die kompetente Polizeiarbeit des nationalsozialistischen Machtapparates hervorgehoben werden.

Gesellschaftliche Umbrüche beleuchtet vor allem der Beitrag von Jonathan Voges, der an die Theorien von Daniel Siemens anknüpfend die semi-dokumentarischen Gerichtsreportagen von Hermann Mostar als Spiegel der frühen Bundesrepublik betrachtet. Nach Voges können dessen Gerichtsreportagen nicht nur als unterhaltsam-vergnügliiche Episoden aus der juristischen Sphäre gelesen werden, sondern sie sind zugleich als Begleiterinnen und vor allem auch Katalysatoren gesellschaftlichen Wandels zu verstehen. Mit seiner kritischen Berichterstattung und der mit Sympathien wiedergegebenen „Nachtseite der Gesellschaft“ trug Mostar von Ende der 1940er bis Mitte der 1950er Jahre zum Wertewandel und der Demokratisierung bei, wobei er sich nicht scheute, die Aufarbeitung der NS-Verbrechen

mit Einzelschicksalen und Themen wie Homosexualität oder der Abschaffung der Todesstrafe zu verknüpfen.

Im Beitrag von Christoph Lorke geht es wieder um staatliche Eingriffe in die mediale Darstellung von (Un-)Sicherheit. Er untersucht TV-Kriminalserien der DDR. Dem sozialistischen Einheitsstaat gelang es, durch das Medium Film punktuell ein Millionenpublikum zu erreichen und hierüber staatssozialistische Normen und Werte sowie Gesellschaftsbilder zu vermitteln. Die in der DDR produzierten Krimis waren in der Bevölkerung sehr beliebt, sie zählten zu den am meisten konsumierten Fernsehangeboten. Die Serien „Polizeiruf 110“, eine filmische Reaktion auf den westdeutschen „Tatort“, und „Der Staatsanwalt hat das Wort“ sollten den Zusehenden ein Gefühl der Sicherheit und Geborgenheit vermitteln. Referenzpunkt bildete in der Regel die bundesrepublikanische Gesellschaft, von der sich die DDR mit einem Gegenmodell abzugrenzen versuchte. Indem die Serien inhaltlich auf zeitgenössische Fragen und gesellschaftliche Veränderungen reagierten, eröffneten sich teilweise auch Freiräume in Hinblick auf die Thematisierung gesellschaftlicher Probleme.

Der *vierte Schwerpunkt* ist der polizeilichen Deutungsmacht über (Un-)Sicherheitswahrnehmungen gewidmet. Für die sichtbarste Repräsentation staatlicher Macht im öffentlichen Raum ist es verständlicherweise von hoher Bedeutung, ob polizeiliche Einsätze in der öffentlichen Meinung als legitim oder illegitim wahrgenommen werden. Schon deshalb ist sie aktiv darum bemüht, selbst Einfluss auf den öffentlichen Diskurs zu nehmen und das mitunter äußerst erfolgreich.

Im ersten Beitrag dieser Sektion fragt Nils Zimmer nach der Verschränkung medialer und sicherheitspolitischer Darstellungen. Eindrücklich zeichnet Zimmer anhand der diskursiven Konstruktion und Stigmatisierung des Berliner Stadtteils Neukölln als „Problemviertel“ das problematische Verhältnis von (Selbst-)Inszenierung der Polizei und Inszenierung des Stadtteils durch die Medien nach. Dabei wird deutlich, dass die Medien der Polizei eine gewisse Definitionsmacht zugestehen, wenn es darum geht, Sicherheitssituationen zu markieren und einzuschätzen. Zugleich nutzen viele Polizeibehörden mittlerweile die Sozialen Medien, um die Deutungshoheit über bestimmte Themen, Diskurse und die öffentliche Wahrnehmung ihrer Arbeit zu erlangen. In der Praxis dominiert eine gegenseitige Verstärkung polizeilicher und medialer Darstellungen, wodurch sich (Un-)Sicherheitsnarrative zum Nachteil der Betroffenen verfestigen können.

Im Mittelpunkt von Mina Godarzani-Bakhtiaris Beitrag steht die noch relativ neue mediale Gattung der sogenannten „Critical Incidents Videos“ beziehungsweise „Critical Incident Briefings“. Hierbei handelt es sich um Medienprodukte, in denen Ausschnitte verschiedener (überwiegend) audio-visueller Artefakte, die im Zuge eines Ereignisses entstanden sind, gezeigt, analysiert, aneinandergeschnitten und durch eine polizeiliche Einordnung gerahmt werden. Sie sind folglich als strategischer Versuch der Polizei zu verstehen, Deutungshoheit über polizeiliche Gewaltereignisse zurückzugewinnen. Der hochgradig inszenatorische Akt, der den „Critical Incidents Videos“ zugrunde liegt, soll die symbolische Ordnung der Polizei aufrechterhalten und zugleich die Gewalthandlung der Polizei legitimieren. Folglich mutiert das visuelle Artefakt nicht nur zum inszenierten Transparenzinstrument, sondern auch zu einer Bühne, auf der staatliche Gewalt als notwendig, kontrolliert und gerechtfertigt erscheint.

Ein vierköpfiges Autor:innen-Team, bestehend aus Jasper Janssen, Mina Godarzani-Bakhtiar, Simon Egbert und René Tuma, untersucht im letzten Beitrag des Bandes neue Technologien und deren Auswirkungen auf die Fremd- und Selbstbeobachtung der Polizei. Sie zeichnen die polizeilichen Herausforderungen eines zunehmend dynamischen visuellen Machtkampfes um die Deutungshoheit in Konfliktsituationen nach, welche für die Polizei – vor allem aufgrund der Allgegenwärtigkeit von Smartphones – mit einem Verlust an Deutungseinfluss und Autorität einhergehen. Mithilfe von Body-Cam- und Vernehmungsaufnahmen, die seit einigen Jahren vermehrt Einzug in den polizeilichen Alltag finden, werden die Polizist:innen selbst zu Videoschaffenden. Allerdings können diese im polizeilichen Kontext produzierten Aufnahmen, wie die Autor:innen betonen, schon aufgrund ihrer Perspektive und Ausschnitthaftigkeit sowie des ungleichen Kontextvorwissens nicht als authentische Aufzeichnungen gelten. Durch diese Aufnahmen wird lediglich das Ungleichgewicht der Deutungshoheit wieder verlagert.

Insgesamt zeigen die hier untersuchten Fallbeispiele sehr eindrücklich, dass Polizei, Medien und Sicherheit in einem komplexen Beziehungsgefüge zueinander stehen. In Prozessen der Versicherheitlichung nehmen Polizist:innen und Medienvertreter:innen zentrale Positionen ein. Als eigenmächtige Deutungselite sind Journalist:innen unter anderem an der öffentlichen Rahmung von Sicherheitsthemen in hohem Maße beteiligt, da sie mithilfe von Heuristiken und medialen Routinen sicherheitsrelevante Situationen einordnen, kommentieren oder dramatisieren und somit staatliche Maßnahmen, die dabei helfen sollen, ein wahrgenommenes Sicher-

heitsproblem zu bearbeiten, in der Öffentlichkeit legitimieren. Sie müssen folglich als Versicherungsexpert:innen verstanden werden. Die Polizei zeichnet sich dagegen als zentrale Sicherheitsexpertin des Staates durch routiniertes Handeln sowie durch eingeübte Formen und Praktiken der Sicherheit in etablierten Bereichen aus. Durch ihre Ausbildung und Schulung gelten Polizist:innen als „security professionals“, die sicherheitsrelevante Situationen erkennen und bewältigen können. Wie die hier versammelten Beiträge ferner nahelegen, ist das Verhältnis von Polizei, Medien und Sicherheit als durchaus ambivalent zu bezeichnen, insbesondere seit Beginn des digitalen Zeitalters. Schon deshalb erscheint es lohnenswert, auch weiterhin der Frage nachzugehen, wie sich gesellschaftliche und individuelle Bilder von Polizei und Sicherheit seit dem beginnenden 20. Jahrhundert gewandelt haben.

### *5. Danksagung*

Uns verbleibt nun lediglich die angenehme Pflicht, all denjenigen herzlichst zu danken, die zu dem Zustandekommen des vorliegenden Sammelbandes ihren wertvollen Beitrag geleistet haben. Da sind natürlich zuvorderst die Autor:innen zu nennen, die bereit waren, trotz allseits knapper Zeitbudgets ihre Expertisen und Erkenntnisse in druckfähigen Manuskripten zu verschriftlichen. Aber so vielschichtig die Potenziale der Historischen Sicherheitsforschung für die Polizei- und Mediengeschichte auch sein können, ohne weitreichende Unterstützung und Förderung hätten sie nie den Weg zwischen zwei Buchdeckel gefunden. Unser herzlicher Dank gilt daher dem SFB/TRR 138 „Dynamiken der Sicherheit“ sowie der Deutschen Forschungsgemeinschaft, ohne deren finanzielles Engagement der Workshop und die Drucklegung des Bandes nicht realisierbar geworden wäre. Zu guter Letzt danken wir den studentischen Mitarbeiter:innen Cora Dockhorn, Eric Hanstein und Polly Wagner für ihre großartige organisatorische und redaktionelle Unterstützung.



## I. Polizeiliche Selbstbilder und Selbstinszenierungen



# Kontinuitäten und Brüche polizeilicher Selbstbilder von Weimar bis heute

*Peter Römer*

## *1. Einleitung*

Zu Beginn eines historisch-politischen Bildungsseminars mit Polizeibe-diensteten steht am Geschichtsort Villa ten Hompel in Münster etwas auf den ersten Blick sehr Gegenwärtiges. Obwohl die Geschichte des histori-schen Gebäudes der Erinnerungs- und Bildungseinrichtung als ehemaliger Dienstsitz des Befehlshabers der Ordnungspolizei im Wehrkreis VI – in etwa das heutige Nordrhein-Westfalen – unmittelbar mit der Beteiligung der uniformierten Polizei an Kriegsverbrechen, Ghettoisierung, Deportati-on und dem „Holocaust durch Kugeln“<sup>1</sup> verknüpft ist, scheint dieser Semi-nareinstieg zumindest auf den ersten Blick zeitlos und lenkt die Aufmerk-samkeit der Seminarteilnehmenden auf die belastete Vergangenheit und Verbrechen ihrer beruflichen Vorgänger. Die Frage, die alle Polizist:innen im Seminar beantworten müssen, lautet: „Welche Werte sind für Sie in der Polizei wichtig?“

Diese Werte werden digital in einer „Wortwolke“ (Mentimeter) gesam-melt und im Anschluss visualisiert, sodass eine Mentalitätskarte der Grup-pe entsteht. Die Antworten sind dabei allerdings immer von einer zumeist unbewussten historischen Gewachsenheit dieser Werte geprägt. Während häufig ein affirmativer Bezug auf demokratische Werte – beispielsweise Rechtsstaatlichkeit, Gleichbehandlung oder vermeintliche „Neutralität“ – festzustellen ist, sind andere hier genannte polizeiliche Werte zeit- und staatsformloser: Teamgeist, Loyalität, Zusammenhalt oder auch „Polizeifa-milie“ sind in den über 70 berufsgruppenspezifischen halbtägigen Semina-ren am Geschichtsort pro Jahr ebenso häufig genannte Werte. Während die erstgenannten Antworten auf Grundlage einer demokratischen Verfas-sung in Abkehr vom Nationalsozialismus angegeben werden, verweisen die zweitgenannten auf sich durch die verschiedenen Systeme in Deutschland

---

1 Patrick Desbois, *The Holocaust by Bullets: A Priest's Journey to Uncover the Truth Behind the Murder of 1.5 Million Jews*, New York 2009.

ziehende, möglicherweise „zeitlose“ polizeiliche Wertvorstellungen, in die die Beamt:innen hineinsozialisiert worden sind. Diese eigentlich individuelle Annäherung an die eigenen polizeilichen Werte ist in den Resultaten häufig ähnlich und unterscheidet sich deutlich von staatlichen Berufen wie jenen von Feuerwehr- und Justizbediensteten.<sup>2</sup> Auf dieser Basis folgt in den Polizei-Seminaren der Villa ten Hompel über den Seminartag hinweg ein an diese Werte anschließender Diskurs, wie er innerhalb der Polizei mit ihren akuten Lagebildern sowie hierarchischen und funktionalen Zweckbindungen oft nur schwer möglich ist.

Die aktuelle Dauerausstellung „Geschichte – Gewalt – Gewissen“ des Geschichtsortes dokumentiert intensiv die Beteiligung einer Berufsgruppe an der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, die im Selbstbild gerne „Freund und Helfer“ der Bevölkerung sein möchte. In Seminaren mit Polizist:innen regt die Auseinandersetzung mit dieser belasteten Geschichte die Teilnehmenden selbst auch zu einer kritischen Reflexion über gegenwärtige gesellschaftliche Problemlagen in der Gesellschaft sowie insbesondere auch innerhalb der Polizei an.<sup>3</sup> Im partizipativen Rundgang durch die Ausstellung werden die Seminarteilnehmer:innen anhand der von ihnen selbst genannten Werte durch die Dauerausstellung geführt. Sie stellen aufgrund dieser Methodik oftmals eine überraschende Nähe in den Wertvorstellungen zu ihren beruflichen Vorgängern fest oder erkennen, dass demokratisch verankerte Werte Ergebnis historischer Entwicklungen ihres Berufs sind.

Dieser Einblick in die berufsgruppenspezifische, pädagogische Bildungsarbeit an einem Schreibtischtäterort zeigt, dass Polizei in Deutschland spezifisch geprägt ist von der Geschichte des eigenen Berufs. Die hier sichtbar werdenden polizeilichen Selbstbilder changieren zwischen einer offiziellen, top-down-geprägten Polizeikultur und einer inoffiziellen, bottom-up-funk-

---

2 Übersicht im Mentimeter-Account des Geschichtsortes Villa ten Hompel, Vergleich von Einträgen in über 200 berufsgruppenspezifischen Seminaren im Haus mit insgesamt über 3.000 Teilnehmer\*innen seit dem Jahr 2022.

3 Siehe hierzu auch Michael Sturm/Christoph Spieker/Daniel Schmidt, Historisch-politische Bildungsarbeit für die Polizei am authentischen Ort, in: Peter Leßmann-Faust (Hg.), *Polizei und politische Bildung*, Wiesbaden 2007, S. 163-178; Thomas Köhler/Sabine Mecking, Weimar als Chance. (Polizei-)Geschichte in der Aus- und Fortbildung der Polizei als Stärkung des Individuums, in: Sandra Franz/Guido Hitze/Stefanie van de Kerkhof/Sabine Mecking/Georg Mölich/Julia Paulus (Hg.), *Chancen, Belastungen und Erinnerungen. Rheinland und Westfalen in der Weimarer Republik*, Gütersloh 2025, S. 373-381.

tionierenden „Cop Culture“ (Polizistenkultur),<sup>4</sup> die teils von unterschiedlichen historischen Selbstverständnissen der deutschen Polizei geprägt ist und so auf eine *longue durée* der beruflichen Selbstbilder verweist. Diese scheinbar teils entgegengesetzten polizeilichen Wertvorstellungen werden im Folgenden anhand der historischen Entwicklung polizeilicher Selbstbilder des 20. und 21. Jahrhunderts in Deutschland beleuchtet.

Die alltägliche praktische Arbeit der Polizei in Deutschland steht in einem permanenten Spannungsverhältnis zu aktuellen Fragen und Problemen, die in Politik und Gesellschaft teils immer kontroverser diskutiert werden. Das Selbstverständnis der Polizei, wie sie arbeitet und wie sie der Bevölkerung gegenüber auftritt, gibt deshalb Einblicke in den inneren Zustand der Gesellschaft, in die politische Verfasstheit und übergeordnet in die Herrschaftsordnung des Staates. Dabei haben sich die Polizei als Institution und Personenverband, ihre Aufgaben und ihr Selbstverständnis im 20. und 21. Jahrhundert stark verändert.<sup>5</sup> Unterschiedliche politische Leitbilder sowie gesellschaftliche Zuschreibungen werden deutlich in (männlich konnotierten) Bezeichnungen wie dem aus der Weimarer Republik stammenden Bild des „Freundes und Helfers“, das im Nationalsozialismus adaptiert und um das Bild des „Polizeisoldaten“<sup>6</sup> ergänzt wurde, oder dem nach 1945 entstehenden Ideal des „Bürgers in Uniform“ in der Bundesrepublik und des „Volkspolizisten“ in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR).<sup>7</sup> Die Rolle der Polizei war und ist aber zunächst immer Gesetzesverteidigung. Dies bleibt immer gleich, egal in welchem System. Vom Staat wird den Polizeibediensteten stets vermittelt, auf der „richtigen Seite“ zu stehen. Was die Aufgabe der Gesetzesverteidigung anging, änderte sich also nicht die Rolle im Verlauf der Geschichte, sondern Gesetze – und für wen diese galten.

---

4 Rafael Behr, *Cop Culture – Der Alltag des staatlichen Gewaltmonopols. Männlichkeit, Handlungsmuster und Kultur in der Polizei*, Wiesbaden 2008.

5 Sabine Mecking, *Mehr als Knüppel und Knöllchen. Polizeigeschichte als Gesellschaftsgeschichte*, in: Dies. (Hg.), *Polizei und Protest in der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 2020, S. 1-25, hier S. 3f.

6 Philippe Müller, *Polizisten oder „Polizeisoldaten“? Planung und Einsatz der Ordnungspolizei während des Dritten Reiches*, Frankfurt a. M. 2019.

7 Thomas Köhler, *Demokratische „Bürger in Uniform“? Polizei und Polizisten in Nordrhein-Westfalen als Scharnier zwischen Staatsmacht und Zivilgesellschaft*, in: *Geschichte im Westen* 35 (2020), S. 101-128.